

INFORMATIONSDIENST

ÖW INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

VÖW VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Osteuropa im Umbruch – Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven

Die Umweltsituation – das programmierte Fiasko

Die Umweltsituation in Mittel- und Osteuropa ist, wie die Zahlen eindrucksvoll belegen, verheerend. Einige Kostproben: Die damals noch existierende Sowjetunion emittierte nach offiziellen Angaben 1988 18 Mio t SO₂, Polen 4 Mio t, die CSFR 3 Mio t. Die Staubemissionen wurden im gleichen Untersuchungszeitraum mit 15 Mio t für die Sowjetunion angegeben. 70% der Abwässer in der Sowjetunion werden nach den geltenden Vorschriften nicht geklärt. In der CSFR sind es 35 %, in Polen 43 %. Hinzu kommt eine massive Grundwasserbelastung durch die extensive Landwirtschaft und die Altlasten. Übermäßiger Düngemiteinsatz, Pestizide und massive Bodenerosion sind hier die Stichworte.

Dazu gesellt sich das Problem der im höchsten Maße unsicheren Atomkraftwerke. Hier besteht nicht nur in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) ein akutes Gefahrenpotential aufgrund der veralteten Reaktoren. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Immer mehr Regionen im ehemaligen Ostblock wie z.B. die Region um Tschernobyl oder der Aralsee entpuppen sich als ökologische Notstandsgebiete.

Diese dramatische Zuspitzung altindustrieller Belastungsstrukturen hat eine ganze Reihe von Gründen. Ein auf Massenproduktion orientiertes Industriesystem potenzierte ökologische Fehlentwicklungen. Die Persistenz der wirtschaftlichen Strukturen sowie der planwirtschaftliche Steuerungsmechanismus der Wirtschaft sorgten für mangelnde Effizienz auch in ökologischen Belangen. Die zentrale Wirtschaftsplanung war überwiegend an kurzfristig abrufbaren Erfolgsmeldungen interessiert.

Der notorische Mangel an Investitionsmitteln sowie die Prioritätensetzung der staatlichen Wirtschaftspolitik verhinderten den Einsatz von Umweltschutztechnologien. Solche Technologien hätten vielfach Devisen erfordert, von denen man glaubte, sie anderswo dringlicher zu brauchen. Außerdem war und ist vermutlich noch der Entwicklungsstand des Umweltbewußtseins in den

mittel- und osteuropäischen Ländern wenig ausgeprägt, was angesichts der allgemeinen sozialen Misere auch nicht verwundern kann. Eindrucksvolle Ausnahmen wie der Kampf gegen die Regulierung der großen sibirischen Flüsse oder den Donauausbau bestätigen die Regel.

Auch ohne die schwierigen gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven der mittel- und osteuropäischen Länder in Rechnung zu stellen, ist eine baldige nachhaltige Besserung nicht in Sicht. Dafür liefert der Vergleich mit der Entwicklung in den neuen Bundesländern – die ja eine ähnliche, wenn auch nicht so krasse Ausgangslage aufweisen, einige Anhaltspunkte.

Die Kombinate und Betriebe der ehemaligen DDR wurden gleichsam über Nacht Weltmarktbedingungen ausgesetzt und verloren obendrein Absatzmärkte nicht nur in der ehemaligen DDR selbst, sondern auch in den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten. Zugleich wurden die neuen Bundesländer in ein definiertes politisches (auch umweltpolitisches), wirtschaftliches und soziales System eingebunden und sind so, wenn auch mit einer größeren zeitlichen Verzögerung, zu einer Übernahme des westdeutschen Modells gezwungen – mit allen Vor- und Nachteilen, die dieses Modell hat.

In der Folge verbesserte sich die Umweltsituation schon allein durch die Stilllegung von Betrieben und das Herunterfahren der Produktionskapazitäten erheblich. Beispielsweise kam das Aus für die extrem umweltverschmutzende Carbo-Chemie, die Schmutzfracht der Elbe ging zumindest zeitweise um bis zu 75 % zurück und der Rückgang der Stromnachfrage (35% binnen eines Jahres) erlaubte das Abschalten der risikobehafteten Atommeiler in Greifswald, ohne daß es zu den zu DDR-Zeiten üblichen Energieversorgungsproblemen gekommen wäre.

Die, wenn auch mit großer zeitlicher Verzögerung stattfindende Teilsanierung der ökologischen Problemgebiete wäre überhaupt nicht denkbar ohne den erheblichen Mittelzufluß aus dem Westteil

der Republik, sei es in Form von Investitionen unter westlichen Umweltstandards oder in Form von staatlichen Mitteln. Man muß diesen Bemühungen, die nach wie vor weit hinter dem Erforderlichen zurückhängen, keine Lorbeerkränze flechten, um zuzugestehen, daß ohne diesen Mittelzufluß nichts geschehen würde.

Die Übernahme des westlichen Modells, vor allem der in Westdeutschland üblichen Konsumpfade, stellt andererseits einige dieser Erfolge wieder in Frage. Steigendes Verkehrsaufkommen, ein dramatisches Ansteigen der Abfalllawine und eine erhebliche Beeinträchtigung des Natur- und Artenschutzes sind Beispiele.

Die Situation in den mittel- und osteuropäischen Ländern stellt sich vor allem aus zwei Gründen anders dar. Sie können ihre einheimischen Industriezweige begrenzt vor den Weltmarktbedingungen schützen. D.h. natürlich auch, daß sie alle umweltbelastenden Industriezweige begrenzt schützen können. Und sie kommen allenfalls in den Genuß eines Bruchteils der Mittel in den neuen Bundesländern, sofern man diesen Mittelzufluß auf umweltpolitische Zwecke bezieht.

Aus dem Inhalt

VÖW-Jahrestagung 1992	3
Umweltpotentiale und Umweltbelastung in der Region „Bergische Großstädte“	5
Evaluative Auswertung von Produktbilanzen	6
Übertragung der Ökobilanz auf die Bewertung altlastverdächtiger Flächen	7
Ökologische Lernprozesse und Handlungskontextanalyse	9
Reform der Bahn: weiter denken!	13
Ökologisches Handeln – oder: Über die Kunst des richtigen Verhaltens in falschen Strukturen	15
Klimaschutz braucht Taten statt großer Worte	16
Tagungsberichte	19
Rezensionen	21

Umweltentlastungseffekte sind wohl auch hier in allererster Linie aus dem Schrumpfen der Wirtschaft zu erwarten, wenn auch wahrscheinlich nicht in dem Ausmaß wie in der ehemaligen DDR. Umweltentlastung wird ferner dort möglich sein, wo die unmittelbare Bedrohung von westlichen „Anrainerstaaten“ zweckgebundene Devisen freisetzt. Die Versuche, die maroden Atomkraftwerke wenigstens halbwegs mit westlicher Hilfe zu sichern, sind hierfür ein Beispiel. Die Ostseesanierung könnte ein weiteres werden. In allen anderen Fällen wird die schiere Not den Gang der Dinge diktieren, also vor allem der Mangel an Devisen und die überwiegend leeren Staatskassen. Unter diesen Bedingungen ist an eine Sanierung der zahllosen ökologischen Altlasten kleineren oder größeren Ausmaßes und an eine Nachrüstung der Industrie auch nur nach westlichen Standards nicht zu denken. Um so dramatischer nehmen sich mögliche Szenarien der umweltpolitischen Entwicklung aus, wenn sie in ein Verhältnis zu den gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven gesetzt werden.

Der Zusammenbruch des „Kommunismus“ und seine Folgen

Aus dem Zusammenbruch des politischen und wirtschaftlichen Systems ergeben sich Konsequenzen in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, die gegenwärtig nur in Ansätzen abschätzbar sind. Der Zerfall der bislang existierenden politischen Machtstrukturen und die zu beobachtende Übernahme der wirtschaftlichen Ressourcen durch die früheren politischen Eliten bedeuten – ähnlich wie in der DDR in der direkten Nachwendzeit –, daß es in weiten Bereichen nicht zu einer grundlegenden Erneuerung kommen wird. Diese Feststellung ist sicher nicht auf alle Länder des ehemaligen Ostblockes zu übertragen. Auf die GUS-Staaten scheint diese Beschreibung aber zu passen.

Insgesamt deuten eine Vielzahl von Faktoren auf eine eher langfristige Phase der Instabilität hin. Die wesentlichen dürften die folgenden sein:

- die institutionellen Rahmenbedingungen existieren nicht oder sind labil und somit in Konfliktsituationen (insbesondere wirtschaftlicher und sozialer Art) gefährdet,
- Grenzregelungen zwischen verschiedenen Staaten sind aktuell z.T. nicht geklärt bzw. umstritten und stellen von daher ein dauerhaftes Konfliktpotential dar,
- die Nationalitätenprobleme dürften sich verschärfen.

Die Entwicklung im politischen Bereich läßt sich wenigstens anhand einiger aktueller Negativbeispiele erahnen. Jugoslawien und Georgien könnten Muster der künftigen Entwicklung darstellen. Mafiagesteuerte Marionettenregime und die Etablierung regionaler „Fürstentümer“ sind eine reale Möglichkeit geworden.

Der Zusammenbruch des politischen Systems war nicht zuletzt eine Folge der ökonomischen Situation in diesen Ländern. Sie war in den letzten Jahren durch den sich beschleunigenden Nieder-

gang gekennzeichnet. Im Zuge dieser Entwicklung wurden viele Industriezweige nur noch auf Verschleiß gefahren und die Anlagen veraltet und verrotteten. Dieser Prozeß beschleunigte sich im Verlaufe des Umbruchprozesses nicht zuletzt aufgrund der Zersplitterung des politischen Rahmens, die die gegebenen Lieferbeziehungen auseinanderbrechen läßt.

In der aktuellen Diskussion wird insbesondere auf die ostdeutschen Betriebe hingewiesen, die noch in erheblichem Umfang von den Lieferungen in die ehemalige SU abhängig sind. Stellten diese Lieferbeziehungen in der direkten Nachwendzeit noch einen der Trümpfe der DDR Wirtschaft dar, so werden sie gegenwärtig obsolet. Mehr als 500.000 Arbeitsplätze hängen gegenwärtig in den neuen Bundesländern von Exporten in den ehemaligen Ostblock ab. Ähnlich dramatische Auswirkungen sind auch in den anderen osteuropäischen Ländern festzustellen und selbst Finnland hat mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Verschärfend stellt sich die Situation zudem für die GUS Staaten dar, da auch die wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb der ehemaligen SU zerschlagen werden, sei es durch Notstandsmaßnahmen, indem das eigene Land bevorzugt mit Mangelprodukten beliefert wird, sei es durch die Einführung eigener Währungen wie im Falle der Ukraine oder auch der baltischen Staaten, die zur Zerstörung der Produktionsbeziehungen beitragen.

Für die Wirtschaft der Länder der ehemaligen SU bedeutet dies, daß die bislang vorhandenen engen stoffwirtschaftlichen Beziehungen auseinanderbrechen und somit 'industrielle Monstren' mit abgeschlagenen Armen übrig bleiben – mit den entsprechend schlechten Überlebensmöglichkeiten. Der ehemaligen Sowjetunion werden entsprechend von vielen Seiten katastrophale Entwicklungsperspektiven attestiert. Die Situation wird z.B. von G. Krupp (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank) so geschildert:

- Das politische Machtvakuum vergrößert sich, die Versorgungslage ist katastrophal, soziale Unruhen drohen,
 - die Produktivität der Wirtschaft nimmt rapide ab und hat den Tiefpunkt noch nicht erreicht,
 - die Währung ist total zerrüttet,
 - die Liquiditätsschwierigkeiten sind enorm, die letzten Goldreserven seien bereits zusammengekratzt,
 - die Bedeutung der SU als Handelspartner wird weiter abnehmen, die Rückkehr zum Tauschhandel hat schon begonnen (HB 7/8. 12.1991).
- Die westlichen Geschäftsbanken sind zudem der Auffassung, daß der ehemaligen SU auch mit frischem Geld nicht mehr zu helfen ist. So sei ein deutscher drei Milliarden Kredit für den Aufbau der Leichtindustrie in der SU 'versickert'. Kein einziges Projekt sei mit diesem Geld realisiert worden.

Die Privatisierung wird in den osteuropäischen Ländern als der zentrale Weg angesehen, um die Wirtschaft auf einen marktwirtschaftlichen Kurs zu bringen und gilt zugleich als eine wichtige, wenn nicht die entscheidende Voraussetzung für eine ausländische Investitionsbereitschaft. Aller-

dings bestehen in diesem Bereich, jenseits aller Erfolgsmeldungen, in fast allen osteuropäischen Staaten erhebliche Probleme. Dazu zählen die Frage der Subventionen für die Übergangsperiode, die fehlenden Managementenerfahrungen in diesen Ländern und die oft nach wie vor unklaren Eigentumsverhältnisse.

Den Privatisierungsbereich mit den wesentlichen Problemen stellt der industrielle Sektor da, in dem noch kein osteuropäischer Staat entscheidende Privatisierungserfolge erzielen konnte. Dieser Bereich ist aber der für die weitere Entwicklung entscheidend. Daß dieses Handicap langfristig durch die Gründung von Unternehmen ausgeglichen werden kann, ist zu bezweifeln.

Betrachtet man die Situation etwas differenzierter, so gelang es der CFSR einige Großinvestoren in das Land zu holen. Über die Ausgabe von Anteilscheinen wird zudem versucht, die Bevölkerung in die Privatisierungsstrategie mit einzubeziehen. Allerdings gelingt es mit der zweiten Strategie nicht, frisches Kapital in das Land zu ziehen und die Defizite im Managementbereich abzudecken. Auch in Ungarn, einem Land, das bereits seit Jahren die Öffnung betrieben hat, ist es bislang erst gelungen, ca. 25% der Staatsbetriebe zu privatisieren. Noch schlechter ist die Situation in Polen, wo lediglich 11 größere Betriebe verkauft werden konnten. Gar nicht vorangekommen ist der Prozeß in Rumänien und Bulgarien, wo bislang noch keine Privatisierungsgesetze verabschiedet wurden.

Mangelnde Kapitalzufuhr

Unter diesen Voraussetzungen sind die Bedingungen für eine umfangreichere Kapitalzufuhr in diese Länder herzlich schlecht. Und dies ist nicht nur für die allgemeine wirtschaftliche, sondern vor allem auch für die umweltpolitische Entwicklung von großer Bedeutung.

Die Schätzungen über die Größenordnung des benötigten Kapitals liegen noch weit auseinander. Die Weltbank kommt bei ihren Abschätzungen auf einen Kapitalbedarf von 1000 Mrd. DM in zehn Jahren. Zusätzlich muß berücksichtigt werden, daß bei der Berechnung ein extrem kurzer Zeitraum gewählt wird (Umgestaltung in zehn Jahren), zudem die Friktionen des Transformationsprozesses nicht berücksichtigt werden und die Frage des Zeitbedarfs der Herausbildung notwendiger Institutionen ebenfalls ausgeklammert blieb. Das ifo-Institut kommt in einer eigenen Abschätzung zu dem Ergebnis, daß der jährliche Kapitalbedarf in Osteuropa zwischen 75 und 100 Mrd US \$ und für die GUS zwischen 184 bis 235 Mrd US \$ liegt. Der Auslandskapitalbedarf bläuft sich dabei für Osteuropa auf 21-24 Mrd US \$ und für die GUS auf 46-50 Mrd US \$ je Jahr. Allerdings muß bei diesen Überlegungen berücksichtigt werden, daß die Länder bereits erheblich im Ausland verschuldet sind. Die vorhandene Verschuldungssituation der einzelnen Länder wird eine Grenze für die Kreditaufnahme bedeuten. Das ifo-Institut schätzt deshalb, daß die jährlich Nettokreditaufnahme Osteuropas nicht über 15-20 Mrd US \$ hinausgehen wird.

Dieser Kapitalbedarf müßte, so das Institut, von den OECD Staaten aufzubringen sein. So betrage die Summe von 50 Mrd US \$ je Jahr 5% des Investitionsvolumens der EG und 1,5% der OECD Staaten. Ein Vergleich mit den Mitteln, die durch den Marshall Plan nach Europa gelenkt wurden, zeigt, daß auch durch Hilfeleistungen in dieser Größenordnung die westlichen Industrieländer weniger belastet werden würden als die Marshall Plan Hilfe die USA seinerzeit belastet hatte.

Die Mittel des Marshall Plans wurden jedoch nicht in Länder investiert, deren wirtschaftliche, politische und soziale Struktur auf den Kopf gestellt werden mußte. Die Privatwirtschaft war vorhanden und hatte Tradition, es waren vor allem Anschubfinanzierungen notwendig. Die wirtschaftlichen Infrastrukturen, von den Transportwegen bis zum Bankensystem waren vorhanden; zudem waren die Gesellschaften nicht über einen solchen Zeitraum abgeschottet gewesen. Alle diese Bedingungen liegen in Mittel- und Osteuropa nur rudimentär vor, so daß finanzielle Hilfen, selbst wenn die Bereitschaft dazu vorhanden wäre, kurz- und mittelfristig nur zu einem Bruchteil so verwendet werden wie vorgesehen.

So kommt eines zum anderen. Der enorme Kapitalmangel, die fehlende Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der gesellschaftlichen Strukturen und die explodierende Armut sind je für sich und zusammengenommen äußerst ungünstige Voraussetzungen für die Sanierung der Umweltbelastungen und den relativen Luxus einer fortschrittlichen Umwelttechnologie.

Entwicklungsperspektiven

Die Umweltsituation in den mittel- und osteuropäischen Ländern stellt sich in vielen Regionen als katastrophal dar. Die Umweltgefährdungen beziehen sich vor allem auf den Bereich der Luft- und Wasserverschmutzung, der atomaren Gefährdung und der Altlasten. Grundlegende Verbesserungen der Umweltsituation sind in naher Zukunft kaum zu erwarten. Die entlastenden Effekte werden kurzfristig allein durch den wirtschaftlichen Niedergang hervorgerufen. Strategien der Umweltsanierung, soweit sie durch additive Maßnahmen erfolgen, erfordern einen hohen Kapitalbedarf. Es ist fraglich, inwieweit diese Mittel in den jeweiligen Regionen aufgebracht werden können und völlig offen, welche Umweltstandards überhaupt angestrebt werden.

Die Erfahrungen der ehemaligen DDR sind nicht ungebrochen übertragbar auf die übrigen Länder des ehemaligen Ostblocks. Zwar sind auch hier im Gefolge eines drastischen Rückgangs der wirtschaftlichen Aktivitäten Umweltenlastungseffekte (v.a. im Bereich der Luft- und Wasserverschmutzung) zu verzeichnen; aber die Entwicklungsperspektiven sind hier gegenüber der ehemaligen DDR doch unterschiedlich:

Die Kombinate und Betriebe in den Ostblockländern werden nicht schockartig dem Weltmarkt ausgesetzt; vielmehr sind einerseits durch die Nichtkonvertibilität der osteuropäischen Währungen und andererseits aufgrund der partiellen Er-

VÖW-Jahrestagung – 20. bis 21. Juni 1992 in Wuppertal

Ökologie und Entwicklung

Verteilung ökologischer Ressourcen als soziales Entwicklungsproblem

Die diesjährige Jahrestagung der VÖW wird sich mit der Frage des Zusammenhangs von Ökologie und Entwicklung befassen. Die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) und den Weltwirtschaftsgipfel zeigen das Interesse, die Offenheit und Bereitschaft, sich an einer die bisherigen Grenzen überwindenden Diskussion zu beteiligen, aber auch den wenig entwickelten Diskussionsstand. Da 'Ökologie und Entwicklung' eine Reihe ganz verschiedener Aspekte, die nicht isoliert betrachtet werden können, umfaßt, soll – wie der Untertitel ausdrückt – die Ressourcenproblematik den inhaltlichen 'roten Faden' der Tagung bilden.

Die Tagung soll dem Anspruch genügen, die Ressourcenproblematik als ein soziales Entwicklungsproblem zu thematisieren. Verschiedene Dimensionen sind damit angesprochen: Erstens sollen Ressourcen aus einer ökologischen Perspektive betrachtet werden. Einer Perspektive, die die Ressourcen nicht nur im wirtschaftswissenschaftlichen Sinn als Knappheiten, die im Preis ihren Ausdruck finden, interpretiert, sondern auch in einem weiteren Sinne als die Voraussetzung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Zweitens soll die Frage ihrer Verteilung bzw. der Verteilung ihrer Nutzung zwischen der industrialisierten und der nicht-industrialisierten Welt, zwischen Nord und Süd, Ost und West problematisiert werden. Und schließlich soll deutlich gemacht werden, daß der hemmungslose Verbrauch und die Zerstörung ökologischer Ressourcen nicht ein Resultat der technischen Entwicklung überhaupt, sondern daß sie in ein spezifisches gesellschaftliches Entwicklungsmodell eingebunden sind. Eine ganz Reihe verschiedener Problemstellungen sind damit aufgeworfen. Einer Verallgemeinerung des Produktions- und Lebensmodells der entwickelten Industrieländer stehen ökologische Schranken als unüberwindliche Restriktionen entgegen. Aber zielt die faktische Entwicklung der letzten Jahrzehnte überhaupt in eine solche Richtung?

richtung von Importschranken (z.B. Zoll) unterschiedliche Entwicklungen möglich.

Die Nichtkonvertibilität der Währungen führt zu erheblichen Problemen bei dem Versuch, ausländische Unternehmen anzusiedeln, da der Gewinntransfer nicht bzw. nur eingeschränkt möglich ist. Er ist dann möglich, wenn z.B. die in diesen Ländern gegründeten bzw. übernommenen Unternehmen Teile für die westlichen Unternehmen liefern oder sonstige Realtransfers zustandekommen.

Auf der anderen Seite erlauben Zollschränken zumindest in gewissem Umfang die Abschottung des Binnenmarktes und den Schutz der 'heimi-

Einen Schwerpunkt der Tagung soll ein Rückblick auf die letzten beiden Jahrzehnte und die Analyse der Entwicklung der unterschiedlichen Sichtweisen der Ressourcenproblematik bilden. Ausgehend von dem Eindruck der allgemeinen Verknappung der Rohstoffe in den siebziger Jahren soll der Weg nachgezeichnet werden, der das Überangebot und den Preisverfall derselben Ressourcen in den achtziger Jahren zur Folge hatte, gleichzeitig aber ganz neue Problemlagen wie Klimaproblematik, Treibhauseffekt, Reduktion der CO₂-Emissionen hervorbrachte. Welche Erklärungsansätze bieten verschiedene theoretische Ansätze? Welche Entwicklungsperspektive wird dabei sichtbar?

Ein anderer Schwerpunkt soll den verschiedenen Interpretationen des Konzepts des 'sustainable development' gewidmet sein. Was würde eine solche Entwicklung beinhalten? Wie könnte ein anderes Verhältnis von industrialisierter und nicht-industrialisierter Welt aussehen? Was heißt in diesem Zusammenhang gerechte Verteilung ökologischer Ressourcen? Zeigt die – wesentlich außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland geführte – Diskussion über 'sustainable development' Alternativen?

Weitere Themen, die auf der Tagung vertieft werden sollen, sind die globale Ressourcenproblematik – verdeutlicht am Problem des Treibhauseffekts bzw. den Auseinandersetzungen um eine internationale Klimakonvention; der Einfluß der Verfassung des Weltwirtschafts- und Währungssystems (Weltwährungsordnung, Verschuldungsproblematik, IWF, Weltbank etc.) auf die Ausbeutung und Nutzung der Ressourcen; die ökologischen, ökonomischen und sozialen Implikationen der Transformation in Mittel- und Osteuropa und die Konsequenzen der Ausbeutung der dortigen regional gebundenen Ressourcen für das Verhältnis zwischen West- und Osteuropa.

Nähere Informationen zum Programm der Tagung sowie der genaue Ort folgen im nächsten INFORMATIONSDIENST Ende April.

schen' Industrie. Ein aktuelles Beispiel ist die Erhebung von Zöllen in der CFSR auf den Import von billigen Gebrauchtwagen nachdem die von VW übernommenen Skoda Werke einen erheblichen Absatzrückgang zu verzeichnen hatten. Ähnliche Vorbedingungen für bestimmte Investitionen lassen sich ganz generell in den verschiedenen Ländern anführen; die Abschottung des jeweiligen inländischen Marktes ist dabei Verhandlungsmasse für die ausländischen Investoren.

Für die Umwelt bedeutet dies, daß perspektivisch auch veraltete Industrien mit der Folge anhaltender Umweltverschmutzungen weiter betrieben

werden, da es für die Ausrüstung von veralteteten Werksanlagen mit additiver Umweltschutztechnologie wenig Anreize gibt. Zudem dominieren die Kosten- und Arbeitsplatzargumente immer mehr. In den Vordergrund rückt somit die Frage der Erneuerung der Industriestruktur und die Möglichkeiten der Umweltentlastung in diesem Bereich. Allerdings erscheint es sehr fraglich, inwieweit erreicht werden kann, daß ökologisch angepaßtere Industriestrukturen in eben diesen Ländern etabliert werden können. Die osteuropäischen Länder konkurrieren als Standort für Investitionen nicht allein untereinander und sind, ganz im Sinne des innerdeutschen Bürgermeisterwettbewerbs um Investitionen, in einer schlechten Verhandlungsposition. Ob daher die Staaten Investitionen mit dezidiert negativen Umweltwirkungen unterbinden werden, erscheint zweifelhaft. Investitionsverhinderung aus Umweltgründen erscheint nicht durchsetzbar.

Charakteristisch für diese Problemlage ist die Beurteilung der Investitionsbedingungen z.B. in der CSFR durch die deutsche Industrie. Diese werden vor allem deswegen positiv beurteilt, weil es neben der relativen politischen Stabilität in diesem Land Lohnkostenvorteile gibt – in der CSFR sind die Löhne noch deutlich niedriger als in Portugal; für einen Investor belaufen sie sich gegenwärtig auf DM 3,50 je Arbeitsstunde in der Industrie und die Aufwendungen für den Bereich des Umweltschutzes sind geringer.

Daneben haben Investitionsinteressen insbesondere in der ehemaligen UdSSR vor allem die Ausbeutung der Rohstoffe im Blick, da hierbei die Rückzahlung der eingesetzten Mittel durch den Transfer der Rohstoffe gesichert scheint. Der übrige Handel dürfte hingegen vor allem auf Bartergeschäften angewiesen sein. Da derartige Geschäftsformen zeitraubend und schwierig sind, sind den Entwicklungsperspektiven dieser Länder eher enge Grenzen gesetzt.

Die ehemalige DDR wurde in ein vorhandenes System, insbesondere wirtschaftlicher Art, eingepaßt. Diese klare Setzung von Rahmendaten findet in den osteuropäischen Staaten nicht bzw. nur sehr begrenzt statt (Differenzen hinsichtlich der Assoziierungsabkommen der Länder mit der EG, der Aufnahme in den IWF etc.). Dies bedeutet, daß die Kosten für mittelfristige Umweltentlastungskonzepte nicht, wie im Falle der neuen Bundesländer, mit erheblicher Unterstützung getragen werden. Internationale Unterstützung dürfte allein in den Fällen wahrscheinlich sein, in denen die Interessen der westlichen Länder direkt betroffen werden. Dies zeichnet sich bereits in einigen Fällen ab – so z.B. im Fall der Nutzung der Kernenergie sowie bei grenzüberschreitenden Luft- und Wasserverunreinigungen. Wie intensiv diese Bemühungen der westlichen Länder werden können, zeigt der Fall der Atomtechnik der ehemaligen Sowjetunion.

Ebenso sind Hilfen in anderen grenzüberschreitenden Problemen zu erwarten wie beim schwarzen Dreieck, im Bereich der Ostsee etc. Die Dimension der Hilfe muß allerdings in Relation zum Bedarf gesehen werden. Dann wird deutlich, daß die gegenwärtigen Summen in keiner Weise aus-

reichend sind für ein Sanierungskonzept, das insbesondere auch die Lebensinteressen der Menschen mit einbezieht.

Bedeutung der ökologischen Dimension

Angesichts der zunehmenden politischen, ökonomischen und sozialen Instabilität stellt sich die Frage nach der Bedeutung der ökologischen Dimension für die weitere Entwicklung in diesen Ländern. Die Frage nach den Entwicklungsrichtungen, also ökologischer Umbau oder nachholende Industrialisierung, muß angesichts der Dimension des Problems in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht neu gestellt werden. Die Vorstellung, daß Osteuropa aufgrund weithin obsoleter Strukturen und einem notwendigen Neuanfang eine ökologisch orientierte Vorreiterrolle übernehmen könnte, dürfte sich als unreal erweisen. Ein „ökologischer Umbau“ setzt Strukturen, Institutionen und Mentalitäten voraus, die in Osteuropa nicht vorhanden sind. Vielmehr ist zu erwarten, daß einige wenige Regionen Mittel- und Osteuropas den Anschluß an die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa finden können, der wesentliche Teil sich aber zu Verliererregionen entwickelt und explosive Mischungen ökologischer, sozialer und politischer Notlagen zu verzeichnen sein werden:

- Erstens gibt es kaum Aussichten dafür, daß endogene Prozesse zu einer Umorientierung der gesellschaftlichen Entwicklung in den osteuropäischen Ländern führen werden. Dagegen sprechen die Priorität der Grundversorgungsprobleme, aber auch die damit verbundenen

Verteilungskonflikte – bis hin zu ihrer politischen Verlängerung in ethnischen Partikularisierungen und Nationalismen. Insofern ist auch nicht zu erwarten, daß differenzierte Strukturen einer Öffentlichkeit entstehen werden, die für eine „Ökosensibilisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft unabdingbar sind.

- Zweitens gibt es aber auch nur wenig Anhaltspunkte für von außen kommende Einflüsse in Richtung auf mehr Umweltorientierung. Sie werden sich auf die Problemfelder beschränken, von denen auch für Westeuropa Gefahren ausgehen (Atomenergie, großräumige Gewässerbelastung). Zu erwarten ist daher ein Entwicklungsweg einer ökologisch minderwertigen Industrialisierung. Allerdings liegt in der damit verbundenen Möglichkeit zu einer dauerhaften Festschreibung von Lebensqualitätsdifferenzen zwischen Ost- und Westeuropa die „Bedrohung“ der westlichen Länder durch Migrationen aus dem Osten. Ökonomische Integration und politische Abschottung werden aber auf Dauer nicht zu realisieren sein.
- Das westliche Konsummodell stellt die Entwicklungsorientierung für die Bevölkerung in den osteuropäischen Ländern dar. Dieses zeichnet sich bekanntlich nicht durch seine Umweltverträglichkeit aus. Soll dieses Konsumniveau aber noch durch einen ökologisch unverträglicheren Produktionsapparat als in den westeuropäischen Ländern befriedigt werden, dann stellt sich die Frage nach den gesamteuropäischen Belastungen der Umwelt um so dringlicher.

Ulrich Petschow, Berlin

IÖW-Diskussionspapiere

DP 1/90: Frank Beckenbach. Die volkswirtschaftliche Theorie der Firma – Kritik und ökologische Erweiterungsmöglichkeiten, 34 S., DM 8,-

DP 2/91: Thorsten Ebert: Ökonomische Steuerungsinstrumente in der Abfallpolitik – Vorschlag für die Einführung einer Abfallabgabe. 30 S., DM 8,-

DP 3/91: Volker Stahlmann: Wachstumszwänge des Unternehmens – Umweltzerstörung ohne Ende? 26 S., DM 8,-

DP 4/91: Franz Ossing: Zwischen Braunkohle und kommunaler Selbstverwaltung. Der Primärenergieverbrauch der neuen Bundesländer und Ansätze eines ökologischen Energiekonzeptes. 18 S., DM 4,-

DP 5/91: Reinhard Loske. Ecological Taxes, Energy Policy and Greenhouse Gas Reductions. A German Perspective. 12 S., DM 4,-

DP 6/91: Markus Hesse: Umweltbelastung durch strukturellen Wandel. Zur Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs aus ökologisch-ökonomischer Sicht. 35 S., DM 8,-

DP 7/91: Frieder Rubik: Produktlinienanalyse und unternehmerische Produktpolitik. 11 S., DM 4,-

DP 8/91: Markus Hesse, Rainer Lucas: Ökologische Regionalentwicklung. Für eine nachhaltige Entwicklung der Regionen in Ost und West. 33 S., DM 89,-

DP 9/91: Markus Hesse, Rainer Lucas: An environmental approach to regional development. Basic directions and a concept for action in the regions of eastern and western Germany. 14 S., DM 4,-

DP 10/91: Manfred Schreiner: Ökologie in der Betriebswirtschaftslehre. Empirische Studie zur Integration der Ökologie in der Betriebswirtschaftslehre. 30 S., DM 8,-

DP 11/91: Frieder Rubik, Thomas Baumgartner: Bibliographie zum Thema Produktlinienanalyse und Ökobilanzen (mit Nachweis von über 120 erstellten Ökobilanzen). 23 S., DM 20,-

DP 12/91: Birger P. Priddat: Gefahrenubiquität. Risiken der Risikogesellschaft. Über U. Beck's Vorschlag, die Moderne zu betrachten. 31 S., DM 8,-

DP 13/91: Frank Beckenbach: Ökologisch-ökonomische Verteilungskonflikte: Explorative Überlegungen zu einem vernachlässigten Forschungsgebiet. 37 S., DM 10,-

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.